



In ihrer letzten Sitzung im Löhner Rathaus in diesem Jahr haben die Mitglieder des Stadtrates den Haushaltsentwurf für 2015 abgesegnet. Während SPD, Grüne und FDP für das Papier votierten, stimmten CDU, Linke und die Löhner Bürger-Allianz dagegen. Foto: Daniel Salmon

Haushalt beschlossene Sache

SPD, Grüne und FDP stimmen dafür – CDU bemängelt fehlenden Sparwillen

■ Von Daniel Salmon

Löhne (LZ). Die Löhner Haushaltssatzung für das kommende Jahr ist beschlossen. Ein »Ampel«-Bündnis aus SPD, Grünen und FDP winkte das von Stadtkämmerer Bernd Poggemöller zusammengeschnürte Paket in der Ratssitzung am Mittwochabend durch. CDU, Linke und die Löhner Bürger-Allianz (LBA) votierten gegen den Entwurf.

»In der vorgestellten Satzung ist für uns einfach kein starker Sparwille und kein Weg weg vom derzeitigen Schuldenberg erkennbar. Daher werden wir den Entwurf zur Haushaltssatzung 2015 ablehnen«, fasste CDU-Fraktionsvorsitzender Florian Dowe die Entscheidung seiner Partei knapp zusammen. Einer ähnlichen Argumentation folgte die LBA. »Wir sind skeptisch, dass das vorgestellte Modell zum Stillstand der Verschuldung beitragen kann«, formulierte Dr. Hermann Ottensmeier für die Bürger-Allianz. Und auch die Linken-Fraktion konnte sich nicht mit der Haushaltssatzung

anfreunden. »In Löhne muss mehr für die Infrastruktur getan werden. Das sehen wir im Entwurf nicht«, so Vorsitzender Ulrich Adler. Der Ratsherr der Linken forderte: »Die Umverteilung von Reichtum, die SPD und Grüne vor der jüngsten Bundestagswahl eingefordert haben, müssen wir auch auf lokaler Ebene umsetzen.«

Hatten die Löhner Bündnisgrünen im Vorjahr dem Haushalt noch die Zustimmung verweigert, votierten sie am Mittwochabend für den 2015er-Entwurf. Vor zwölf Monaten hatte die Partei bemängelt, dass ihre Anliegen in den Ausführungen des Kämmers nicht genug Berücksichtigung gefunden hätten. »Wir halten die angestrebten Investitionen jetzt für sinnvoll«, betonte Fraktionschefin Silke Glander-Wehmeier auch mit Blick auf die angestrebte Sanierung des Gymnasiums.

SPD-Sprecher Wolfgang Böhm signalisierte, dass die Sozialdemokraten den bereits beschrittenen Weg fortsetzen wollen. »Wir können die Konsolidierung des Haushaltes schaffen«, zeigte er sich überzeugt. Gemeinsam mit SPD

und Grünen votierte auch der einzige verbliebene Vertreter der Liberalen im Löhner Stadtrat, Uwe Neuhaus, für den Haushalt. Er betonte, dass die FDP bereits den Entwurf des Vorjahres samt der Fortschreibung des Haushaltsanierungsplanes bis 2021 mitgetragen habe. »Und wer für 2014 »A« sagt, muss für 2015 auch »B« sagen«, machte Neuhaus den Standpunkt der Freien Demokraten unmissverständlich klar.

Unterm Strich standen den 24 Befürwortern des Haushaltsentwurfs schließlich 21 Nein-Stimmen gegenüber.

Bereits im Vorfeld der Abstimmung hatten die Anträge der Fraktionen zur Haushaltssatzung für einige Diskussionen gesorgt. Besonders die Vorschläge der CDU fanden größtenteils keine Mehrheiten. So hatten die Christdemokraten mit ihrer Forderung nach einer Außerkraftsetzung der bestehenden Baumschutzsatzung keinen Erfolg. »Wir waren uns seit Monaten einig, dass man sich zusammensetzt und erst einmal über dieses Thema spricht«, sagte Grünen-Chefin Glander-Wehmeier. Als »Schuss in

den Ofen« bezeichnete die Ratsfrau daher den abgeschmetterten CDU-Vorstoß.

Auch mit ihrer Forderung nach einer Verkleinerung des Rates um sechs Mandate stießen die Christdemokraten auf wenig Gegenliebe. Ebenso wurde der Vorschlag der Konservativen, im kommenden Haushaltsjahr auf eine Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer zu verzichten, von einer Ratsmehrheit abgelehnt.

Einmütigkeit herrschte bei der finalen Ratssitzung des Jahres indes beim Thema »Verkehrssituation am Becker Kreuz«. Alle Fraktionen folgten dem SPD-Vorschlag, die Stadtverwaltung möge in Kontakt mit dem zuständigen Landesbetrieb Straßen NRW treten, um nötige Ausbaumaßnahmen zu forcieren.

Auch die Forderung der SPD nach einem Straßenerhaltungsmanagement für die maroden Löhner Straßen wurde von allen Parteien mitgetragen. Einbezogen werden sollen hierbei zudem Radwege und Bürgersteige. »Die Straßen in Löhne sind schon seit Jahren schlecht. Da muss etwas getan werden und hier können wir uns von anderen Kommunen sicher etwas abgucken«, sagte LBA-Ratsherr Hermann Ottensmeier.

»Wir halten die angestrebten Investitionen jetzt für sinnvoll.«

Silke Glander-Wehmeier

Knappe Mehrheit für den Haushalt

SPD, Grüne und FDP stimmen dafür / CDU, LBA und Linke sind dagegen

von dirk windmüller

Löhne. Wenn es um die Verabschiedung des Haushalts geht, ist die Mehrheit für den Entwurf in den letzten Jahren immer eher knapp gewesen. Das war auch bei der ersten Haushaltsverabschiedung der neuen Legislaturperiode nicht anders. Mit 24 gegen 21 Stimmen wurde der Entwurf von Kämmerer Bernd Poggemöller verabschiedet.

Für den Haushalt stimmen die SPD, die Grünen und die FDP. "Wir sind sicher, dass wir den Weg der Haushaltssanierung erfolgreich zu Ende gehen", brachte es der SPD-Fraktionschef Wolfgang Böhm auf den Punkt. Abgelehnt wurde das Zahlenwerk von CDU, LBA und Linken.

Die Gründe für die Ablehnung sind alle Jahre wieder ähnlich. "Für uns ist kein strikter Sparkurs erkennbar. Dieser Haushaltsentwurf zeigt nicht den Weg aus dem Schuldenberg", kritisierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Florian Dowe.

Vorausgegangen war dieser Entscheidung die Ablehnung der meisten Anträge der CDU zum Haushalt. In vielen dieser Anträge stecken Forderungen, die die Union schon lange erhebt. Da geht es zum Beispiel um die Verkleinerung des Rates oder die Reduzierung der Fraktionszuwendungen. Deutlich mehr Geld sparen würde die Stadt, wenn der Rat einem anderen Antrag der CDU gefolgt wäre. "Wir fordern den Wegfall einer weiteren Dezernenten- und einer Amtsleiterstelle", so Dowe. Dafür stimmte neben der CDU nur die LBA.

Auch die LBA fand für die meisten ihre Anträge keine Mehrheit. Abgelehnt wurde die Kürzung der Zuschüsse für den Stadtjugendring von 1.705 Euro auf 250 Euro jährlich oder auch der Antrag auf ein verändertes Gebührenmodell der Musikschule. LBA-Chef Hermann Ottensmeier: "Die konkreten Zahlen weisen nicht aus, wie die Verschuldung zu bremsen ist."

Spannend war es für Beobachter bis zur Abstimmung, wie sich die Linke verhalten würde. Immer wieder wurde deutlich, wie sich Wolfgang Böhm (SPD) in seinen Beiträgen um die Linke bemühte. Unterstützung von SPD und Grünen gab es für den Linken-Antrag, dass die Stadt dem Bündnis "Für die Würde unserer Städte" beitreten soll. Das Bündnis hat das Ziel, Kommunen, die vor dem finanziellen Aus stehen, vor dem endgültigen Absturz zu bewahren.

Dass die SPD um die Zustimmung der Linken zum Haushalt bemüht war, zeigt auch das Thema Straßen. Ziel soll sein, ein systematisches Straßenerhaltungsmanagement zu etablieren. Dieser SPD-Antrag wurde um Passagen aus Linken-Anträgen erweitert. So soll es nicht nur um ein Sanierungskonzept für Straßen gehen, sondern auch um Geh- und Radwege. Für diesen Antrag stimmten alle Ratsmitglieder. "Es ist auch dem Wirken der Linken zu verdanken, dass sich die Kaputtsparr-Mentalität in Löhne ändert", freute sich Linken-Chef Ulrich Adler.

Diese Freude trug ihn und seine Fraktionskollegin Stephanie Karger aber nicht bis zur Haushalts-Zustimmung: "Wir würdigen das Entgegenkommen der anderen Fraktionen. Es war aber noch nicht

konkret genug. Die Umverteilung des Reichtums spielt in der Debatte vor Ort keine Rolle", spielte er auf die erneute Ablehnung des Linken-Antrages an, die Gewerbesteuer kräftig zu erhöhen.

Die SPD als Löhner Regierungspartei kam mit allen Anträgen durch. So soll die Verkehrssituation am Becker Kreuz verbessert werden. Auch der Bau eines Bolzplatzes an der Glockenstraße soll weiterverfolgt werden. Geprüft wird, ob auf dem Dach der Musikschule eine Photovoltaikanlage errichtet werden kann.

Die Grünen stimmten das erste Mal seit Jahren dem Haushalt zu. Ein wichtiger Grund dafür ist die Sanierung des Gymnasiums. "Mit der Ablehnung des Haushalts stimmen sie gegen diese wichtige Infrastrukturmaßnahme. Das ist schade", so Silke Glander-Wehmeier. Unter anderem wurde auch ihr Antrag angenommen, Auszubildenden der Verwaltung und der Wirtschaftsbetriebe eine sechsmonatige Nachbeschäftigung anzubieten. Auch die FDP stimmte zu. "Das ist eine Entscheidung für die Zukunft unserer Stadt", so Uwe Neuhaus.